Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8 mal gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908.

Nr. 199 — Dienstag, den 26. August 1924 — 19. Jahrgang

Vor der Entscheidung.

Von: **Alfred Brodauf**, Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei.

Die Reichstagsverhandlungen über das Londoner Protokoll haben begonnen. Eine Mehrheit für die Annahme der Gesetze, die sich in Hinblick auf das Dawes-Gutachten nötig machen ist an sich vorhanden. Aber für das Gesetz, das die Reichseisenbahnen in eine Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft überführt, muß es wegen des verfassungsändernden Charakters eine Zweidrittel-Mehrheit sein. Selbstverständlich sind gegen die Annahme die beiden radikalen Parteien, die ihre Aufgabe darin sehen, im Reichstage abwechselnd die Rolle des wilden Mannes und des Augusts im Zirkus zu spielen: die Kommunisten um Höllein und Katz und die Völkischen um Ludendorff und v. Graefe. Von den ernst zu nehmenden Parteien sind aber noch die Deutschnationalen auf der Gegenseite. Ob sie in der Opposition verharren, das ist zur Zeit das große Rätsel. Die Meinungen verstummen nicht, die im letzten Moment eine Schwenkung der Partei oder wenigstens eines besonnenen Teiles erwarten. Man weiß, daß sich manche unter den namhaften Führern dessen bewußt sind, daß die Partei mit der Ablehnung den falschen Weg gehen würde. Bereits geben einige deutschnationale Parteiblätter den Rat, sich für das „Ja" als das kleinere Uebel zu entscheiden. Aber man hat sich, schon in der Wahlbewegung, so verrannt, daß es schwer ist, den Rückweg zu finden.

Auch bei den Regierungsparteien (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei) ist man sich darüber klar, daß die Annahme der Gesetze schwerste Opfer für das deutsche Volk bedeuten, dem Lasten aufgebürdet werden, von denen nicht gewiß ist, ob es sie wird tragen können. Aber die Dinge liegen wie immer bei den wichtigsten Entscheidungen seit der Niederlage Deutschlands im Weltkrieg: das deutsche Volk hat von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Hier kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Wer die Dawesgesetze ablehnt, der verhindert 1. die sofortige Befreiung von 900 000 Deutschen von der fremden Besatzung; 2. die Rückkehr von 60 000 Ausgewiesenen; 3. die Amnestie der Tausende, die von der Zeit des passiven Widerstandes her in französischen und belgischen Gefängnissen schmachten; 4. die allmähliche Verringerung der Besatzung bis zur Räumung des Ruhrgebietes, die am 15. August 1925 abgeschlossen werden soll (es ist eine falsche Darstellung, wenn gesagt wird, die Londoner Beschlüsse bedeuteten eine Verlängerung der Ruhrbesetzung um ein Jahr; würde die Zustimmung versagt, so gibt es für die Dauer der Besetzung überhaupt keine zeitliche Grenze); 5. die Aufhebung der Einreisebestimmungen; 6. die Aufhebung der Binnenzoll-Linie; 7. die Aufhebung der Eisenbahnregie und damit 8. die Rückkehr von Tausenden deutscher Beamter in ihre Stellen; 9. die Rückgabe der jetzt in französischer Regie betriebenen Bergwerke und industriellen, landwirtschaftlichen sowie Schiffahrtsunternehmungen; 10. die Wiederherstellung der alten Verwaltungs- und Justizhoheit im Rahmen des Rheinland-Abkommens; 11. die Befreiung des Rhein- und Ruhrgebietes davon, Reparationsprovinzen zu sein; 12. das Zustandekommen der Auslandsanleihe von 800 Goldmillionen und damit die Möglichkeit der Ueberwindung der allgemeinen Wirtschaftskrisis.

Wer „Nein" sagt, nimmt eine ungeheuerliche Verantwortung auf sich. Unsere Volksgenossen im besetzten Gebiet, ohne Unterschied der Parteistellung erwarten dringend, das beweisen zahllose Kundgebungen, vom Reichstag die Annahme der Gesetze. Versagen die Deutschnationalen, so steht fest, daß an das Volk appelliert wird, sei es, daß ein Volksentscheid, oder daß Neuwahlen ausgeschrieben werden. Welchen Weg die Regierung gehen wird, steht noch nicht fest. Für Neuwahlen, zu welchen besonders die Sozialdemokraten drängen, spricht es, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ersprießlich überhaupt nicht arbeiten kann wegen der Schwierigkeiten, Mehrheiten zu bilden. Gegen den Weg der Neuwahlen spricht, daß sich diese nicht allein unter der Parole „für oder wider das Londoner Protokoll" vollziehen, sondern daß auch noch eine Menge anderer Fragen, wie Aufwertung, Beamtenabbau, Getreidezölle, Reichsmietengesetz in den Kampf hineinspielen würden. Wenn es weiter auch gewiß wäre, daß die Opposition rechts und links verlieren würde — die Deutschnationalen rechnen selbst nicht damit, daß sie ihre 100 Mandate behaupten würden — so bleibt es aber doch zweifelhaft, ob es gelingen würde, sie so zu schwächen, daß sie insgesamt nicht mehr ein Drittel bildet. Es wäre dazu nötig daß 46 Mandate, also annähernd 8 Millionen Stimmen, von der Opposition auf die zustimmenden Parteien übergingen, sodaß die letzteren, die gleiche Beteiligung wie bei den Wahlen vom 4. Mai vorausgesetzt, es zusammen auf 19 Millionen Stimmen gegen 9½ der Opposition aufbringen würden. Bei Neuwahlen würde mancher, der in der Frage des Dawes-Gutachtens auf der Seite der Regierung steht, im übrigen aber zu einer Oppositionspartei hält, sich schwer dazu entschließen, sich von seiner Partei zu trennen. Würde aber der Wähler durch den Volksentscheid nur vor die einzige Frage gestellt, ob er zu den Dawes-Gesetzen ja oder nein sagt, so wird mancher, insbesondere aus dem Lager der Deutschnationalen, sich für das „Ja" entscheiden. In Hinsicht auf den verfassungsändernden Charakter des einen Gesetzes müßte sich beim Volksentscheid eine Mehrheit der Wahlberechtigten dafür entscheiden, also da wir 38 Millionen Wahlberechtigte hatten, mehr als 19 Millionen. Freilich würde der Weg des Volksentscheids nach den jetzt geltenden Bestimmungen zu viel Zeit rauben, weil ihm bekanntlich ein Volksbegehren voraufgehen müßte, d. h. es müßten erst ein Zehntel der Wahlberechtigten, also etwa 4 Millionen, innerhalb einer Zeichnungsfrist durch Eintragung in aufgelegte Listen das „Begehren" stellen, daß die Dawes-Gesetze einem Volksentscheid vorgelegt werden. Es wird deshalb erwogen, das Gesetz über den Volksentscheid dahin abzuändern, daß das Volksbegehren wegfällt, wenn der Antrag auf Volksentscheid von den Leitungen ganzer Parteien, die zusammen auf mehr als 4 Millionen Wähler hinweisen können, gestellt wird. Gegen den Weg des Volksentscheids wird angeführt, daß nach Erfahrungen in anderen Ländern — wir haben ja keine eigenen — das Volk sich bei solchen Abstimmungen weniger zahlreich an der Urne einfindet, als bei Wahlen. Indessen ist sich das Volk in seiner großen Mehrheit über die ungeheure Bedeutung der Entscheidung klar, wodurch die Befürchtung gemindert wird, daß der Volksentscheid schon an ungenügender Beteiligung bei der Abstimmung scheitern würde.

An den Deutschnationalen liegt es, ob das Volk in der einen oder anderen Weise befragt werden muß. Bleiben sie aus Gründen des Parteiprestiges, um sich nicht einen Umfall nachsagen zu lassen, bei dem „Nein", so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Entscheidung des Volkes gegen sie ausfallen wird. Kommt es zu Neuwahlen, so wird es damit vorbei sein, daß die Deutschnationalen die stärkste Partei des Reichstags bilden.

Die große Aussprache über London.

Die Parteien zur Regierungserklärung. — Das deutschnationale „Unannehmbar"

Die Reichstagsdebatte.

Berlin, 25. August.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann Finanzminister Dr. Luther, Arbeitsminister Dr. Brauns.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 12,25 Uhr und teilt mit, daß der Gesetzentwurf über die Zölle und Umsatzsteuer dem Reichstag zugegangen ist. Der Präsident stellt fest daß er den Fortgang der wichtigen Beratungen nicht durch lange Geschäftsordnungsdebatten stören lassen werde. (Beifall.) Die Angelegenheit des Abg. Dr. Schwarz-Berlin (Komm.) wird dem Aeltestenausschuß überwiesen, der heute abend noch zusammentritt. Ein Antrag auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Rot-Franken (Natsoz.) und auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Stetter (Komm.) werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Es folgt die

Besprechung der Regierungserklärung.

Mit dieser Besprechung werden verbunden die erste und zweite Lesung sämtlicher Gesetzentwürfe die mit dem Londoner Abkommen in Verbindung stehen. Als erster Redner nimmt das Wort Abg. Hergt (Dn.). Er erinnert daran, daß in der großen Reichstagssitzung vor London der Abg. Schultz-Bromberg als Sprecher der deutschnationalen Fraktion erklärt habe, damals sei noch nicht der rechte Zeitpunkt gewesen, zu der Frage, ob man der Regierung ein Vertrauens- oder ein Mißtrauensvotum erteilen solle, Stellung zu nehmen. Die Entscheidung werde zu fällen sein, wenn die Herren aus London zurückgekehrt sind. Heute sind, fuhr der Redner fort, die Herren aus London zurückgekehrt, und heute sind wir Deutschnationalen zu unserem Bedauern — ich stelle das ausdrücklich fest — leider genötigt, unserem Mißtrauen nach verschiedenen Richtungen hin Ausdruck zu geben. Mißtrauen empfinden wir gegenüber dem Verhalten der deutschen Delegation in London, gegenüber dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen und nicht zuletzt gegenüber den Reden, die vorgestern hier von der Regierung gehalten wurden und die gegen die nationale Opposition gerichtet waren. Wenn Dr. Stresemann immer wieder auf die „Bedeutung des realen Machtverhältnisses" verwies, so lag darin eine Verkennung der Sieghaftigkeit des Rechtsgedankens, der Deutschlands einzige Waffe ist. Aus den Ministerreden entsteht der Eindruck, daß die gegenwärtige Regierung gegen die deutsche Wirtschaft regiert. Die deutsche Delegation hätte erklären müssen, daß sie sich bei einer Fortsetzung der Ruhraktion nur einem Diktat fügen könne. Solange noch ein Franzose im Lande steht, müssen alle handelspolitischen Verhandlungen abgelehnt werden (Beifall rechts). Die französischen Zusagen für die Räumung des Düsseldorfer Gebietes sind viel zu unbestimmt.

Der Redner streifte dann die Einzelheiten des Sachverständigengutachtens. Das deutsche Volk wäre auf die Stufe eines Afrika-Negerhammes gedrückt. Den Deutschnationalen bleibe kein anderer Weg als die Ablehnung aller Sachverständigengesetze. Das Ziel unserer Opposition ist die Herbeiführung neuer Verhandlungen mit einem für Deutschland günstigeren Ergebnis. Unsere Parole heißt: für Einigkeit und Recht und Freiheit! (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) hebt hervor daß der Vorredner manches gesagt hat, was darauf hindeute daß seine Fraktion sich ablehnend verhalte, aber die Frage nach der Haltung bei der Abstimmung selbst habe er nicht beantwortet. Der Redner erklärt, daß auch die Sozialdemokraten von der jetzigen Lösung nicht befriedigt seien da sie keine Lösung vom Standpunkte der Arbeiterklasse sei; aber die Ablehnung des Gutachtens würde die Krisis verschärfen. Auch er sehe in dem Ergebnis nur den Anfang zu neuen Verhandlungen, aber dieser Anfang müsse gemacht werden. Das Abkommen bringt keine Verschlechterung gegenüber jetzt. Der Redner hebt dann im einzelnen die Verbesserungen hervor die durch das Londoner Abkommen geschaffen worden seien. Der Preis für die deutschnationale Zustimmung erscheint den Sozialdemokraten zu hoch. Der Redner fordert Auflösung des Reichstages.

Abg. Dr. Kaas (Ztr.) erklärt, daß es an Kritik bei der Opposition nicht gefehlt habe. Positive Vorschläge seien dagegen nicht gemacht worden. In dieser Hinsicht sei die Opposition durchaus steril. Es seien in London zweifellos unbestreitbare Versicherungen gemacht worden die die Opposition nicht aus der Welt schaffen könne. Herr Hergt könne doch nicht ernsthaft glauben, daß er mehr erreicht hätte bei Männern wie Herriot und Macdonald, die seiner Auffassung doch sehr fern stehen. Trotz schwerster Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Gutachtens in einzelnen Teilen werde das Zentrum die Vorlage annehmen. Der Entschluß sei nicht leicht geworden, aber ein „Nein" wäre die Zerschlagung unserer letzten Kraft und die Preisgabe des besetzten Gebietes. Das Zentrum werde von dem Bestreben geleitet die Reichseinheit zu sichern.

Abg. Frau Golke (Ruth Fischer) (Komm.) zweifelt nicht daran daß das Gutachten in Deutschland durchgeführt wird, „nachdem so lange die Reklametrommel gerührt wurde". Am eifrigsten habe sich dabei der unbezahlbare Lakai der deutschen Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, gezeigt. Die Redner spricht von einer falschen Uebersetzung des französischen Textes über die Ruhrräumung. Rettung bringe nicht London, Rettung bringe Moskau.

Abg. Dr. Curtius (D. Vp.) bezeichnet eine Ablehnung des Gutachtens für unmöglich. Seine Fraktion werde einstimmig die Regierungsvorlage annehmen. Auch bei seinen Freunden habe das Londoner Ergebnis in vielen Punkten Enttäuschung und Erbitterung hervorgerufen, aber die Reichsregierung habe keine andere Stellung einnehmen können. Die 7 Punkte der Deutschnationalen hätten ihren Zweck erfüllt und gehörten der Geschichte an. Die Annahme des Abkommens sei entschieden das kleinere Uebel. Der Redner erinnert daran, daß auch Preußen einst die Lasten Schlesiens übernahm, um die Provinz zu erhalten, und betont daß es ebenso bei Rhein und Ruhr gehalten werden müßte um den deutschen Rhein und die deutsche Freiheit wiederzugewinnen.

Abg. Wulle (Natsoz.) bezeichnet das Londoner Abkommen als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse. Auch das Sachverständigengutachten gehe von der Schuldlüge aus. Die freiwillige Unterschrift unter das Gutachten sei geradezu landesverräterisch. Der Redner bezeichnet den Kommissar über den deutschen Haushalt als den „ungekrönten König Deutschlands". Aus Stresemanns Silberstreifen sei ein Nebelstreifen geworden. „Die Judenschaft" habe den Krieg angestiftet darum verhindere sie jetzt die Aufrollung der Schuldlüge.

Abg. Erkelenz (Dem.) wirft der Rechten vor sie treibe eine demagogische Hetze. Wie Poincare in Frankreich so hätten aber auch die deutschen Nationalisten abgewirtschaftet. Der Redner erwartet, daß der neue Geist der von London ausgehen soll, sich besonders bei der Rückkehr der Ausgewiesenen und beim Auftreten der Besatzungsbehörden auswirken werde. Es sei schwer, sich mit der verlängerten Ruhrbesetzung abzufinden. Das Rheinland sei den Herren, die in London verhandelt hätten, zu lebhaftem Dank verpflichtet. (Beifall.) Die Deutschnationalen haben den Westen und das besetzte Gebiet preisgegeben. Herr Hergt sei ein schlechter Prophet. Das Londoner Abkommen sei eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft.

Reichskanzler Marx

wendet sich gegen den Abg. Wulle und entgegnet ihm, daß die Reichsregierung bei jeder geeigneten Gelegenheit die Kriegsschuldfrage in entschiedener Weise aufgerollt habe. Diese Frage könne aber nicht mit Schlag-